minister, sondern der Tätigkeit Moltkes war es zu verdanken, daß es überhaupt zur Beschießung kommen konnte. Schließlich wurde aber Paris doch durch den Hunger bezwungen und die Beschießung war nur ein letzter moralischer Druck und eine Genugtuung für die Armee und für das deutsche Volk in der Heimat.

Niemals haben andere als rein sachliche Gründe Moltkes Handeln bestimmt, er war ein völlig reiner und lauterer Charakter. Als Bismarck aus politischen Gründen, d. h. aus Rücksicht auf die Haltung der Neutralen, am 28. November die Beschleunigung des Falles von Paris durch Beschießung beim Könige beantragte, da antwortete Moltke, nur militärische Gründe könnten bestimmen, wann die Beschießung beginnen könne; politische dürften nur soweit in Betracht kommen, als sie nicht etwas militärisch Unzulässiges und Unmögliches beanspruchten. Moltke hat stets als Ziel vor Augen, den Fall von Paris und das Brechen des französischen Willens zum Widerstande. Auch er hält die Vernichtung der Provinzheere dazu für nötig und für so wichtig, daß er dazu sogar die Cernierung von Paris aufheben will. Er sagt, „die Cernierung läßt sich für acht Tage aufheben, ohne daß der Stadt Lebensbedürfnisse für einen halben Tag zuwüchsen".

Lorenz führt an, Bismarck habe den Marsch auf Paris für einen großen Fehler gehalten, man hätte nur in das Innere Frankreichs eindringen sollen. Bismarck hat in der Tat Moltke nach der Schlacht von Sedan gefragt, ob es nicht möglich wäre, nun in Elsaß-Lothringen eine Verteidigungsstellung zu wählen und das Weitere abzuwarten. Moltke sah in diesem Vorschlage eine Stellung der Sache ins Ungewisse und betonte, „bei jedem Kriege gegen Frankreich muß das Ziel die Niederwerfung des feindlichen Heeres und der Besitz von Paris sein" und schreibt kurz vor dem Falle der Hauptstadt:

„Wenn wir jetzt mit den gemachten Erfahrungen uns an den Tag von Sedan zurückversetzen, so würde ich Seiner Majestät doch nichts Besseres vorzuschlagen wissen, als was wir getan haben: unsere Operationen auf Paris weiter fortzusetzen. Wären wir, wie Graf Bismarck vorschlägt, nach Sedan eine Zeit lang stehen geblieben, so würden die Franzosen dies gewiß als ein Zeichen der Schwäche aufgefaßt und Zeit gewonnen haben, sowohl für eine bessere Befestigung und Verproviantierung ihrer Hauptstadt sowie ein besser ausgebildetes Verteidigungsheer dort, als auch für eine bessere Organisation der in den Provinzen gebildeten neuen Heere zu sorgen. Wir würden womöglich diese erst besiegt haben müssen, ehe wir zur Einschließung von Paris schreiten konnten, jedenfalls also größeren Schwierigkeiten begegnet sein, als sie schon wider Erwarten eintraten. Denn von Zersetzung im Inneren des Landes, auf die der Bundeskanzler hofft, ist weder in den Provinzen noch in Paris etwas erfolgt, im Gegenteil raffte sich das ganze Land voll Patriotismus zu den äußersten Leistungen auf. Die Folge des Bismarckschen Operationsplanes würde eine bedeutend längere Dauer des Krieges mit entsprechend größeren Opfern gewesen sein. Es würde sich auch hier das Wort Napoleons I. als richtig erwiesen haben, daß der im Kriege und in der Politik einmal verpaßte Augenblick für immer verloren ist."

In Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" ist von seinem Kriegsplan nicht mehr die Rede, man darf wohl daraus schließen, daß er stillschweigend seine Ideen von 1870 aufgegeben hatte.

Interessant ist die Scene, in der Bismarck auf sein Drängen am 9. Februar 1871 zum ersten Male an einem militärischen Vortrage beim Könige teilnahm. Zwei Armeekorps sollten von Paris her nach der Loire geschickt werden. Bismarck hielt die Absendung für verfrüht und machte geltend, Chanzy könne sich mit seiner Armee einschiffen und bei Dünkirchen landen, worauf Moltke erwidert, das sei ebenso wahrscheinlich wie eine Landung Chanzys bei Marseille oder Swinemünde.

Die Ansichtsdifferenzen und Meinungskämpfe unserer Heroen jener großen Zeit können keineswegs zu einer Verkleinerung eines derselben führen. Dieses Resultat können wir mit Genugtuung und Stolz konstatieren. Bismarck und Moltke zumal waren Meister in ihrem Fach, wie sie nicht jedes Jahrhundert hervorbringt, und Charaktere, die ihre Ueberzeugung keiner anderen Rücksicht opferten. Ob es nützlich war, die „Kehrseiten" jener großen Zeiten nochmals aufzudecken, mag dahingestellt bleiben, unseren Großen hat auch das nichts geschadet und wir können Göthes Wort, das er von sich und Schiller brauchte, auch auf sie anwenden: Das deutsche Volk kann froh sein, daß es gleichzeitig ein paar solche Kerle hatte.

Deutsches Reich.

÷ **Berlin**, 29. Dezember. (Agrardemagogie.) Die fromme „Rheinische Volksstimme" widmet am Feste des Friedens dem Zolltarif einen Artikel, in dem es u. a. heißt: „Alle Hoffnungen sind zu Wasser geworden. . . . Für die Industrie muß die Landwirtschaft werden frommen; die Zahl der Bauern verringert sich weiter von Jahr zu Jahr und schließlich ist der Bauernstand zu einem „Minimum" geworden, das man vollständig unbeachtet läßt. Industrie und Handel sind die Götzen. Die bringen Geld, viel Geld. Vor dem Kapitalismus aber macht heute alles Kotau. . . . Es lebe der Industriestaat, es lebe der Kapitalismus!" Man wird bekennen müssen, daß mit einigen Aenderungen, wie etwa des Wortes Industrie in Junkertum ein Artikel dieser Tonart einem sozialistischen Hetzblatte alle Ehre machen würde. Will das extreme Agrariertum, auch nachdem mit dem Zolltarife der deutschen Landwirtschaft wesentlich bessere Aussichten geboten sind — was selbst die „Kreuzzeitung" anerkennt — in so fanatischer Weise die einzelnen Stände gegeneinander hetzen, so ist das seine Sache; aber dann hat es das Recht verloren, sich über das Benehmen der Singer, Ulrich und Genossen im Reichstage und in der Presse zu entrüsten. Im Gegenteil, dann sind die Singer und Genossen viel weniger gefährliche Elemente, denn sie gestehen doch wenigstens ein, daß der Umsturz der bestehenden Gesellschaft ihr sehnlichster Wunsch ist, während die Herren vom Stile der „Rheinischen Volksstimme" sich als Schützer von Thron und Altar gebärden.

* **Berlin**, 29. Dezember. (Reichseinkommensteuer?) Bekanntlich hat unlängst der leitende Minister in Rudolstadt erklärt, die Einführung einer Reichseinkommensteuer erscheine nicht ausgeschlossen. Das erregte natürlich in weiten Kreisen befremdliches Kopfschütteln. Nun geht der „Augsburger Abendztg." von zweifellos wohlinformierter Seite folgende Darlegung zu: „Das Aufsehen, das diese Bemerkung eines einzelstaatlichen Ministers in den Kreisen, die sich mit der inneren Politik und insbesondere mit Finanzfragen beschäftigen, erregt hat, erklärt sich daraus, daß man dort nach allen früheren Aeußerungen von maßgebenden Stellen die Einführung einer Reichseinkommensteuer in absehbarer Zeit allerdings für völlig ausgeschlossen halten mußte. Die Verfassung des Deutschen Reiches stände ihr freilich nicht entgegen, im Gegenteil, Artikel 70 läßt die Möglichkeit sogar deutlich offen. Dort heißt es nämlich, daß zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben des Reiches zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre dienen, sodann die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, womit die sattsam bekannten und von den Bundesstaaten mit wachsendem Mißbehagen ertragenen Matrikularbeiträge gemeint sind. Also in der Reichsverfassung wird ausdrücklich auf die Möglichkeit einer späteren Einführung besonderer Reichssteuern Bezug genommen, worunter natürlich in dieser Allgemeinheit ebenso direkte wie indirekte Steuern zu verstehen sind. Im Laufe der seit der Entstehung der Reichsverfassung verflossenen Jahrzehnte hat sich nun aber immer schärfer und entschiedener eine Steuerteilung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten ausgebildet. Die letzteren haben mehr und mehr auf die indirekten Steuern verzichtet und diese dem Reiche überlassen, während sie die direkten Steuern, namentlich die Einkommensteuer, als Haupt- und Grundstock ihrer eigenen Einnahmen systematisch ausgebaut haben. In Preußen, Sachsen, Hessen, Weimar, Oldenburg, Anhalt, Baden, Bremen, Hamburg, Lübeck, Braunschweig und verschiedenen kleineren deutschen Bundesstaaten bestand die allgemeine Einkommensteuer schon lange. Sie wurde in Preußen durch die Miquelsche Reform zu einer sehr ergiebigen Einnahmequelle für den Staat gemacht und diente dann als Vorbild für ähnliche Reformen in Sachsen, Hessen, Braunschweig, Hamburg, Bremen usw., und zur Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer in Bayern und Württemberg. Dadurch ist nun die Einkommensteuer zum festen Rückgrat für die Steuersysteme aller deutschen Bundesstaaten seit einigen Jahren geworden. Daß sie auf diese ihre Hauptreinnahmequelle zu Gunsten des Reiches verzichten würden, erscheint vollständig ausgeschlossen. Ebenso wenig denkbar ist es aber auch, daß etwa neben der einzelstaatlichen Einkommensteuer eine Reichseinkommensteuer eingeführt werden könnte, denn dies wäre eine einfach unerträgliche Doppelbesteuerung, die unser ganzes wirtschaftliches Leben untergraben müßte. An eine solche Doppelbesteuerung haben denn auch diejenigen nie gedacht, die seit Jahr und Tag im Reichstage eine Reichseinkommensteuer befürwortet haben. Sie ist namentlich ein Lieblingsgedanke der Sozialdemokraten, die bereits bei der Reform des Invalidenversicherungsgesetzes eine Erhöhung des Reichszuschusses von 50 auf 90 ℳ pro Jahr und Rente und die Deckung der hieraus erwachsenden Mehrausgaben durch eine Reichssteuer für alle Einkommen über 3000 ℳ beantragten. Sie wiederholten diese Anregung beim letzten Flottengesetz, dessen Kosten nach ihrem Antrage auf dem Wege einer progressiven Reichseinkommensteuer für alle, die ein jährliches Einkommen von mehr als 6000 ℳ beziehen, aufgebracht werden sollten. Aber auch von freisinniger Seite hat man wiederholt die Einführung einer Reichseinkommensteuer befürwortet, ebenso von nationalliberaler Seite. Selbst das Zentrum, das früher aus föderalistischen Rücksichten direkte Reichssteuern bekämpft hat, ist neuerdings einer Reichseinkommensteuer oder einer Reichs-Vermögenssteuer nicht mehr abgeneigt. Dagegen haben sich die Vertreter der verbündeten Regierungen bisher regelmäßig mit aller Entschiedenheit gegen jede direkte Reichssteuer und ganz besonders gegen eine Reichs-Einkommensteuer erklärt, und zwar aus allgemein grundsätzlichen und aus besonderen steuertechnischen Rücksichten: aus grundsätzlichen, weil der Charakter eines Bundesstaates mit direkten Bundessteuern nicht vereinbar erscheint, auch steuertechnischen, weil die Verwaltungsgrundsätze und die einschlägige Gesetzgebung in den einzelnen Bundesstaaten zu verschiedenartig sind, in der Hauptsache aber aus dem oben angeführten praktischen Grunde, daß die Bundesstaaten nicht die geringste Neigung empfinden, eine so reichlich fließende Einnahmequelle dem Reiche zu opfern. Nach unseren Erkundigungen, hat sich an diesem Standpunkte der verbündeten Regierungen zur Frage einer Reichseinkommensteuer nicht das Geringste geändert, so daß die erwähnte Bemerkung des Rudolstädter Staatsministers nur als eine unverbindliche, für die wichtige Frage selbst ganz belanglose Höflichkeitsfloskel erscheint."

⊙ **Berlin**, 29. Dezember. (Telegramm.) Der **Kaiser** gedenkt heute nachmittag beim **Reichskanzler** Graf v. Bülow vorzusprechen und sich sodann nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurückzubegeben.

⊙ Berlin, 29. Dezember. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" schreibt: Dem Kapitän zur See **Truppel**, Gouverneur im Kiautschougebiet, ist der Kronenorden II. Klasse verliehen worden.

⊙ **Berlin**, 29. Dezember. (Telegramm.) Regierungsrat Dr. **Reicke** ist heute vom Kaiser als zweiter Bürgermeister von Berlin **bestätigt** worden.

B. **Berlin**, 29. Dezember. (Privattelegramm.) Der bisherige Präsident des Herrenhauses **Fürst Wied** ist von der Erkrankung, die ihn lange hintangehalten und von der Ausübung seines Amtes ferngehalten hatte, völlig wieder hergestellt. Er wird wohl wiederum zum Präsidenten des Herrenhauses gewählt werden.

— Der Schwarze Adler-Orden ist im Jahre 1902 dreizehnmal verliehen worden, und zwar: an den kommandierenden General des 18. Armeekorps, General der Infanterie und Generaladjutanten v. Lindequist, den kommandierenden General des 14. Armeekorps, General der Infanterie v. Bock und Polach, den Prinzen Maximilian von Baden, den General der Artillerie z. D. Edler v. d. Planitz, den Schah Muzaffer-ed-din, den Staatsminister v. Thielen, den russischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen v. Lamsdorff, den russischen Minister des kaiserlichen Hauses, Baron Fredericks, den deutschen Botschafter in Wien, Grafen v. Wedel, den italienischen Ministerpräsidenten Zanardelli, den russischen Generalgouverneur in Warschau v. Tschertkoff, den kommandierenden General des 3. Armeekorps, General der Infanterie v. Lignitz und den Generalinspekteur der Marine, Admiral v. Köster. — Von Rittern des Schwarzen Adler-Ordens sind im Laufe des Jahres verstorben: Fürst Münster v. Derneburg (28. März), König Don Francisco von Spanien, Infant Franz von Assisi (16. April), Fürst Heinrich XXII. Reuß ä. L. (19. April), Prinz Georg von Preußen (2. Mai), König Albert von Sachsen (19. Juni) und Staatsminister Oberpräsident Dr. v. Goßler (29. September).

— Der großbritannische Botschafter Sir Frank Cavendish Lascelles ist mit seiner Familie durch den Tod des Erzbischofs von Canterbury, der mit einer Schwester des Botschafters vermählt war, in Trauer versetzt.

* **Posen**, 29. Dezember. Morgen findet hier die Vertreterversammlung des Vereins deutscher Katholiken statt. Sie wird auch einen Antrag beraten, an die Vertreterversammlungen allgemeine Versammlungen der deutschen Katholiken der Provinz Posen anzuschließen.

* **Aus der Ostmark.** Der Verwaltungsbericht der Stadt Kattowitz für die Zeit vom 1. April 1897 bis zum 31. März 1902, der soeben im Druck erschienen ist, kommt auch auf die großpolnische Bewegung in Oberschlesien zu sprechen. Es wird darüber nach der „Kattow. Ztg." u. a. folgendes ausgeführt:

„Wer die Lage der Dinge gekannt hat, wie sie vor noch 20 Jahren hier bestanden und Einblick hat in die gegenwärtigen Verhältnisse, der wird erschreckt sein über die Veränderung, welche sich in dieser kurzen Spanne Zeit vollzogen hat. Damals noch war es für den oberschlesischen Arbeiter ein Schimpfwort, „Pollak" genannt zu werden, welches er nicht ruhig hingenommen haben würde, unsere eingeborenen Oberschlesier fühlten sich durchaus als Deutsche und wollten nicht Polen sein, auf der Straße vernahm man nur wenige slawische Laute, die Kinder selbst polnisch redender vom Dorf zuziehender Leute bemühten sich, sobald wie möglich deutsch zu reden. Straßenschilder mit polnischer Aufschrift gab es nicht; an die Gründung polnischer Vereine hat niemand gedacht. Durch den Zuzug von Hetzaposteln aus Posen und Westpreußen ist künstlich eine zuerst geheime, später immer mehr offen auftretende Agitation entwickelt worden, deren Früchte sich in ganz unangenehmer Weise bemerklich machen. Jetzt fühlen sich schon recht viele der eingeborenen kleinen Handwerker als National-Polen und fühlen sich beleidigt, wenn man sie als Deutsche anspricht: auf den Straßen hört man oft von gutgekleideten Leuten polnisch reden; Kinder sprechen zu Hause und beim Spiel polnisch; die Straßenschilder sind vielfach doppelsprachig. Die günstige Lage unserer Stadt in Bezug auf den Verkehr mit den österreichischen und russischen Teilen des ehemaligen Königreichs Polen hat die Leitung der großpolnischen Bewegung mit sicherem Blicke erkennen lassen, daß sie hier das Hauptquartier für ihre Bestrebungen etablieren müsse. Sie hat innerhalb der letzten Jahre zwei Zeitungen, vier Vereine und eine Bank gegründet und stand am Schlusse der Berichtszeit im Begriff, einen polnischen Wahlverein für ganz Schlesien einzurichten. Sehr erleichtert wird ihre Arbeit durch das Ausbleiben wirksamer (staatlicher) Gegenmaßregeln . . . Die städtischen Körperschaften erachten es als eine Ehrenpflicht, zur Förderung der deutschen Kultur alle Kraft aufzuwenden und dafür zu sorgen, daß Kattowitz die deutscheste der Städte Oberschlesiens bleibe, als welche sie begründet und durch lange Zeit erhalten worden ist. Wenn aber nicht seitens der Königlichen Staatsregierung in Erkennung der überaus großen Gefahr bald wirksame Gegenmaßregeln ergriffen werden und mit ausreichenden Mitteln vorgegangen wird, dann kann keine Arbeit der deutschen Stadtverwaltung die Slavisierung aufhalten. Es wird sich eben derselbe Prozeß wiederholen, der in den ehemals deutschen Stadtgemeinden Mährens bereits fast vollendet ist, und welcher sich augenblicklich in Posen vollzieht."

* **Dessau**, 28. Dezember. Von dem Herzoge von Anhalt ist der Baronin Julie von Cohn-Oppenheim das Prädikat „Excellenz" verliehen worden. (Mgdb. Ztg.)

* **Weimar**, 28. Dezember. Durch Bekanntmachung der Regierung sind alle Behörden angewiesen, sich vom 1. Januar 1903 an der neuen Rechtschreibung zu bedienen; in den Schulen ist diese schon seit längerer Zeit eingeführt.

* **Kreuznach**, 28. Dezember. Hier starb der Geheime Regierungs- und Baurat Otto Agricola im Alter von 73 Jahren, der dienstälteste aller preußischen Landräte. Er war 1867 als Mitglied der freien konservativen Vereinigung Mitglied des konstituierenden Norddeutschen Reichstages.

⊙ **München**, 29. Dezember. (Telegramm.) Der neuernannte preußische Gesandte Graf Pourtalès hat nunmehr die Geschäfte der Gesandtschaft übernommen und heute vormittag dem Ministerpräsidenten Graf Crailsheim einen Besuch abgestattet.

* **Straßburg**, 28. Dezember. Der Ausschuß des oberrheinischen Kanalvereins richtete, nach der „Frankf. Ztg.", an den Straßburger Gemeinderat eine Petition, in welcher dieser unter Bezugnahme auf ein im Auftrag des Kanalvereins veröffentlichtes Projekt eines oberrheinischen Schiffahrts-Kanals ersucht wird, den öffentlichen Nutzen und die Dringlichkeit eines oberrheinischen Schiffahrtskanals anzuerkennen, zur Ausführung dieses Projektes einen Betrag in Höhe von 700 000 ℳ zu verwilligen, sowie die für den Kanalbau erforderlichen Gemeindegrundstücke unentgeltlich abzutreten.

Oesterreich-Ungarn.

Handelsvertragskündigung.

* **Wien**, 29. Dezember. (Privattelegramm.) Die „Neue Freie Presse" meldet: Die Kündigung des italienischen Handelsvertrages ist erfolgt. Die Kündigung betrifft den ganzen Vertrag, nicht bloß die Weinzollklausel.

Schweiz.

Bombenattentat

* **Genf**, 29. Dezember. (Telegramm.) Die Polizei glaubt den Urheber des Bombenattentats gegen die Sankt Peter-Kathedrale in einem Ausländer entdeckt zu haben, welcher kurz nach dem Anschlage Genf verließ. Ein Steckbrief und die Photographie sind überallhin versandt worden.

Rußland.

Jubiläum des Pagenkorps.

* **Petersburg**, 29. Dezember. (Telegramm.) Gestern fand im Offiziersklub zu Ehren der deutschen zur Jubelfeier des Pagenkorps hierher entsandten Abordnung ein Frühstück statt, dem auch der Großfürst Konstantin beiwohnte. Im Verlaufe des Frühstücks brachte General v. Schwartzkoppen einen Trinkspruch auf den Großfürsten Konstantin als Chef des Pagenkorps aus und hob die Bedeutung des Festes sowie den herzlichen Empfang der deutschen Abordnung dankend hervor.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Schöne Hände

haben alle diejenigen, welche sich täglich mit **Ray-Seife** waschen, weil diese nach Deutschem Reichspatent aus Hülsenerde bereitete Toilettenseife einen eminent wohlthätigen Einfluss auf die Haut ausübt. **Preis 50 Pf.**, überall käuflich.

Hohenzollern-Veilchen bleibt stets beliebt, weil es Billigkeit und gute Qualität in sich vereint. J. F. Schwarzlose Söhne, Königl. Hofl., Berlin, Markgrafenstrasse 29. Vorräthig in allen besseren Parfümerie-, Drogen- und Coiffeurgeschäften.

van Houten's Cacao

Jeder Cacaotrinker sollte im eigenen Interesse einmal diese Marke versuchen.

Für Sylvester, zu Bescheerungen, z. Baumabtanzen 2c. empf. bill. Knallbonbons mit Mützen u. scherzhaftem Inhalt, Glücksfiguren mit Löffel z. Bleigießen, komische Kopfbedeckungen, Attrapen, Cartonnagen u. alle Neuheiten für Vereine, Orden, Schleifen, Decorat. für Priv. u. Wiederverk. **M. Aplan-Bennewitz**, „Stationers Hall", Papierhdlg., -Fabk., Markt, Hainstr. 1, Barthel's Hof, nur im Hof quer.

Geregelte Verdauung wird n. d. Urtheil ärztl. Autoritäten am besten erzielt durch **Dr. Roos' Flatulin-Pillen,** welche **Blähungen, Säurebildung und Sodbrennen** bei sich gleichfalls vorzügl. bewähren. Originalsch. zu Mk. 1.— in den Apoth. Ein Näheres d. Dr. J. Roos, Frankfurt a. M. Bestr.: Doppelt. Kurz, Rhab., 8. Magn. je 4, Fenchel, Pfeffm., Rhamnöl je 3 Tr.

Unter den Importen der 1902er Thee-Ernte befinden sich einige chops allerfeinster chinesischer Ware, welche als sog. „Kaiserthee" von der bek. Theefirma Meßmer in den Handel gebracht werden. Der Thee ist in Blechdosen verpackt und zu ℳ 1,25 per 100 gr. käuflich. Kennern sei eine Probe empfohlen.

Leibniz Kindermehl Hannover Cakes-Fabrik.

Chemische Untersuchung Dr. A. Röhrig, gerichtlich vereid. Sachvers., Lindenstraße 20.

Leiden Sie an den Füßen? Dann tragen Sie nur das Normal-Schuhwerk, System Prof. Schultze-Naumburg, und Kältegefühl, Hornhaut, Schwielen u. s. w. werden Sie nicht mehr belästigen. Besonders Ihren Kleinen werden Sie doch die gesunden, schönen Füßchen erhalten wollen?! — Allein zu haben in Leipzig im **Reformhaus „Thalysia", Neumarkt 40, Ecke Peterskirchof.**

PATENTE u. s. w. Patent-anwalt **SACK** Brühl 2.

Neujahrskarten-Ausstellung f. d. Placatsäulen, Anfertigung d. Karten mit Namen oder Firma innerhalb 24 Stunden, **M. Aplan-Bennewitz**, „Stationers Hall", Preiskrnt. auf s. alle Weltausstellungen. **Markt, Hainstr. 1, im „Hist. Barthel's Hofe". Für Private Erdgeschoß, für Wiederverkäufer Obergeschoß.** Sylvesterscherze u. s. Bleigießen.

Kirchliche Nachrichten.

L.-Plagwitz. Mittwoch, den 31. Dezember, vorm. 10 Uhr Wochenkommunion: Pastor Hermann.

Tageskalender.

Telephon-Anschluß:

Expedition des Leipziger Tageblattes . . . . . Nr. 222
Redaction des Leipziger Tageblattes . . . . . „ 153
Buchdruckerei des Leipziger Tageblattes (E. Polz) . „ 1173
Alfred Hahn vorm. Otto Klemm's Sortiment, Filiale; Universitätsstraße 3: Nr. 4046.
Louis Lösche, Filialen des Leipziger Tageblatts: Katharinenstraße 14; Nr. 2935. Königsplatz 7; Nr. 7505.

Der Verkehrs-Verein Leipzig, Städtisches Kaufhaus, ertheilt unentgeltlich Auskunft über Leipzigs Verkehrs- und Aufenthalts-Verhältnisse, Gasthöfe, Wohnungen, Kunst- und Bildungsanstalten, Vergnügungen und Vielbesuchtheiten.

Auskunftsstelle der königlich sächsischen Staatseisenbahnen in Leipzig (Grimmaische Straße 2, Telephon Nr. 3072), und die Auskunftsstelle der königl. preuß. Staatseisenbahnverwaltung (Brühl 75 u. 77, Creditanstalt, ptr. im Laden), Telephon 3952, beide geöffnet an Wochent. v. 8 Uhr Vorm. ununterbrochen bis 6 Uhr Nachm., Sonn- und Festtags 10½—12 Uhr Vorm., geben unentgeltlich Auskunft a. im Personenverkehr über Ankunft und Abgang der Züge, Zugverschlüsse, Reiserouten, Billetpreise, Reiseerleichterungen, Fahrpreisermäßigungen 2c.; b. im Güterverkehr über allgem. Transportbedingungen, Frachtsätze, Kartirungen 2c.

Fundbureau der königl. sächs. Staatseisenbahnen (Linien Leipzig-Hof, Leipzig-Chemnitz und Leipzig-Meuselwitz), Bayer. Platz 2, part. (Bayer. Bahnh., Abgangsseite, 1. Geb.) in der königl. Bahnhofs-Inspection.

Auskunftsstelle für Seeschiffahrts- und Reise-Verkehr. Reiseweltkarte der Hamb. Rhedereien: R. Jaeger, Augustusplatz 2. Unentgeltl. Auskunftsertheilung: Wochent. 9—12 u. 3—6 Uhr.

Hauptmeldeamt des Bezirks-Commandos Leipzig, Nicolaikirchhof 2, I. Stock, Zimmer 1. Meldest.: Wochent. 9—1, Sonntags 11—12. An den hohen Festtagen, sow. am d. Geburtstagen des Kaisers u. Königs bleibt das Hauptmeldeamt geschl.

Städtisches Leihhaus, Nordstraße 2. Expeditionszeit: An jedem Werktage von früh 8 Uhr ununterbrochen bis nachmittags 3 Uhr, während der Auktion nur bis 2 Uhr. Eingang: für Pfandversatz und teilweise Versatzerneuerung (sogenannte Herausnahme) gegenüber dem neuen Börsengebäude, für Einlösung und Versatzerneuerung (sogenannte Verlängerung) von der Nordstraße.

Städtische Sparkasse Leipzig I., Nordstraße 2. Expeditionszeit: An jedem Werktage. Einzahlungen, Rückzahlungen und Kündigungen von früh 8 Uhr ununterbrochen bis nachmittags 6 Uhr. Eingang von der Promenadenseite. — Effekten-Lombardgeschäft part. links. — Annahmestellen für Spareinlagen: Otto Barkusky, Lauchaer Straße 5; Gebrüder Spillner, Windmühlenstraße 37; Heinrich Unruh Nachf., Weststraße 33; Julius Hoffmann, Petersteinweg 3; Paul Rödl i. Fa. H. F. Rivinus, Grimmaischer Steinweg 17.

Städtische Sparkasse Leipzig II. Hauptkasse L.-Reudnitz, Gerwstr. 8. Expeditionszeit: An jedem Werktage ununterbrochen von früh 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Nebenstelle Connewitz, Schulstr. 5. Expeditionszeit: Montags 3 bis 6 Uhr, Dienstags und Donnerstags früh 9 bis 1 Uhr, Sonnabends 9 bis 3 Uhr ununterbrochen. Nebenstelle Plagwitz, Elisabeth-Allee 29, Expeditionszeit: Täglich von früh 8 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 5 Uhr, Sonnabends 3 bis 3 Uhr ununterbrochen. Nebenstelle Gohlis, am Kirchplatze 1, Expeditionszeit: an allen Wochentagen mit Ausnahme Sonnabends von 8 bis 5 Uhr und Montags, Mittwochs und Freitags von 3 bis 1 Uhr. Nebenstelle Eutritzsch, Markt 1, Expeditionszeit: Dienstags und Donnerstags von früh 8 bis ½1 Uhr, Sonnabends 8 bis 3 Uhr ununterbrochen. — Annahmestellen für Spareinlagen: C. A. O. Zimmermann, L.-Reudnitz, Nabet 6; C. L. Mäkler, L.-Reudnitz, Mühlstraße 1; August Schlag, L.-Neusellerhausen, Wurzner Straße 40; Ido Kurth, L.-Neustadt, Marktstr. 32.

Kgl. Sächs. Standes-Amt Leipzig I, Georgenhalle, 1. Etage, Eingang Ritterstraße Nr. 28 (umfaßt die Altstadt Leipzig).

Kgl. Sächs. Standes-Amt Leipzig II in L.-Reudnitz, Dresdner Straße Nr. 43 (dasselbe umfaßt die bisherigen Vororte Reudnitz, Anger-Crottendorf, Volkmarsdorf, Sellerhausen,

SLUB
Wir führen Wissen.